

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 3326

[C — 2003/33063]

**3. FEBRUAR 2003 — Programmdekret 2002 (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen*

*Abschnitt 1 — Haushaltsfonds*

Fonds für Dienstleistungen

**Artikel 1** - Die Aufzählung in Artikel 5 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds wird um folgende Punkte ergänzt:

- «8. Zuwendungen durch Einrichtungen der Europäischen Union im Rahmen von europäischen Programmen;
- 9. einen Teil der Globaldotation als zweckbestimmte Einnahmen.»

Die Aufzählung in § 2 desselben Artikels wird um folgenden Punkt ergänzt:

- «5. Vorschusszahlungen an Partner im Rahmen von europäischen Programmen.»

Aufgaben des Amortisierungsfonds

**Art. 2** - In Artikel 2 des Dekrets vom 21. Dezember 1995 zur Einrichtung eines Amortisierungsfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Der Fonds verwaltet außerdem sowohl ex-ante als auch ex-post die Haushaltsergebnisse der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Mittel des Amortisierungsfonds

**Art. 3** - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt ergänzt:

«Dieser umfasst einerseits die Mittel zur Rückzahlung der Anleihen und andererseits das errechnete Haushaltsergebnis.»

Ausgaben des Amortisierungsfonds

**Art. 4** - In dasselbe Dekret wird ein Artikel *4bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *4bis* - Die Ausgaben des Amortisierungsfonds bestehen aus den jährlichen Kapital- und Zinsrückzahlungen der getätigten Anleihen.

Wenn im Falle eines negativen kumulierten Haushaltsergebnisses der absolute Betrag dieser Haushaltsergebnisse die Kapital- und Zinsrückzahlungen der getätigten Anleihen übersteigt, wird dem Schatzamt die Differenz zwischen den beiden Beträgen zurücküberwiesen.»

*Abschnitt 2 — Verschiedene Bestimmungen*

Vorschusszahlungen auf jährliche Subventionen und Dotationen für Funktions- und Personalkosten

**Art. 5** - Im letzten Absatz des Artikels *2bis* des Programmdekrets vom 4. März 1996, eingefügt durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000 und ergänzt durch das Programmdekret vom 7. Januar 2002, wird der Prozentsatz «80» durch «50» ersetzt.

Geschäftsführungsverträge

**Art. 6** - Die Regierung kann mit Einrichtungen oder Diensten, die im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig sind, für eine jeweils festzulegende Dauer einen Geschäftsführungsvertrag abschließen, in dem die Aufgaben dieser Einrichtungen oder Dienste, die Rahmenbedingungen, unter denen diese wahrgenommen werden, sowie deren Finanzierung festgelegt werden.

Jeder Geschäftsführungsvertrag ist dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor seiner Unterzeichnung zur Genehmigung vorzulegen.

*Abschnitt 3 — Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung*

Ausdehnung des Wirkungsbereichs der Dienststelle

**Art. 7** - In das Dekret vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken» wird ein Artikel *8bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *8bis* - Die Dienststelle führt die Geschäfte des «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken» sowie des Zentrums «Zur Eupener Talsperre».

Die Dienststelle führt ebenfalls die Geschäfte des Kultur- und Begegnungszentrums Burg-Reuland (KUZ) ab dem von der Regierung bestimmten Zeitpunkt.

Für jedes Zentrum der Dienststelle wird eine getrennte analytische Buchhaltung gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen geführt.»

## Beiräte

**Art. 8** - In dasselbe Dekret wird ein Artikel 8ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 8ter - §1 - Jedes Zentrum der Dienststelle wird von einem Beirat beraten, der folgende Aufgaben hat:

1. Beratung der Direktion in allen Fragen der Geschäftsführung, insbesondere in Sachen Finanzen, Personal und Produktentwicklung;
2. Beratung der Regierung bei allen Fragen, die das Zentrum betreffen.

Die Beiräte geben in einer gemeinsamen Sitzung ihr Gutachten ab zum Tätigkeitsbericht, zur Rechnungslegung, zur Ergebnisrechnung, zur Bilanz und zum Haushalt der Dienststelle.

§ 2 - Die Regierung legt die Funktionsweise und die Zusammensetzung der Beiräte fest, wobei gewährleistet sein muss, dass

- die Beiräte mindestens zwei Mal pro Jahr einzeln und mindestens zwei Mal pro Jahr in gemeinsamer Sitzung tagen;
- jede im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretene Fraktion durch ein effektives und ein Ersatzmitglied vertreten ist.

§ 3 - Es wird ein Verwaltungsausschuss eingesetzt, in den jeder Beirat zwei Mitglieder entsendet.

Der Verwaltungsausschuss ist damit beauftragt, Gutachten abzugeben zu allen Beschlüssen der Direktion in Bezug auf den Haushaltsentwurf und die Vergabe von Aufträgen für Investitionen über 10 000 EUR. Darüber hinaus kann der Verwaltungsausschuss auf Vorschlag der Direktion, aus eigener Initiative oder auf Antrag eines Mitglieds der Beiräte Gutachten zu allen anderen Fragen der Geschäftsführung abgeben.

Die Direktion kann sich nur mit Zustimmung der Regierung über ein Gutachten des Verwaltungsausschusses hinwegsetzen. In diesem Falle wird der Beschluss ausdrücklich im Tätigkeitsbericht der Dienststelle vermerkt.

Die Regierung bestimmt die Funktionsweise des Verwaltungsausschusses.

Umbenennung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung  
«Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken

**Art. 9** - In dasselbe Dekret wird ein Artikel 8quater mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 8quater - Ab dem 1. Januar 2003 trägt die Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung die Bezeichnung «Gemeinschaftszentren».

KAPITEL II — *Infrastruktur*

**Art. 10** - In Artikel 1 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 werden zwischen die Wörter «Sprachgebiet» und «gewährten» folgende Wörter eingefügt: «beziehungsweise im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

## Konventionen

**Art. 11** - In Kapitel I Abschnitt 1 des Dekrets zur Infrastruktur vom 18. März 2002 wird ein Artikel 3bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 3bis - Der Abschluss einer Konvention zwischen der Regierung und einem Antragsteller entbindet nicht von der Anwendung des vorliegenden Dekrets.»

Infrastrukturvorhaben, die von anderen Behörden bezuschusst werden

**Art. 12** - In Artikel 17 desselben Dekrets werden in § 2, Absatz 1 zwischen die Wörter «Einschätzers,» und «eventuell» folgende Wörter eingefügt: «erhöht um Vermessungs- und Notarkosten und».

In Artikel 17 desselben Dekrets wird ein neuer § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 3 - Wenn ein Infrastrukturvorhaben von anderen Behörden mit Ausnahme der Standortgemeinde des Antragstellers bezuschusst wird, wird dieser Betrag von den Gesamtkosten des Projektes abgezogen, ehe der in Anwendung des vorliegenden Dekrets gewährte Zuschuss berechnet wird.»

## Garantie der Gemeinschaft

**Art. 13** - Artikel 27 Nr. 1 desselben Dekrets wird durch folgenden Wortlaut ergänzt:

«noch eine der in Artikel 11 Absatz 1 erwähnten privatrechtlichen Personen;»

Derselbe Artikel wird durch eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«5. der Kreditgeber verzichtet auf jegliche persönliche oder dingliche Sicherheit in Bezug auf die garantierte Anleihe.»

Derselbe Artikel wird durch eine Nummer 6 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«6. der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird eine Hypothek auf die zu bezuschussende Immobilie eingeräumt. Die Regierung kann in begründeten Fällen anstelle einer Hypothek eine Hypothekenvollmacht akzeptieren.»

## Laufzeit der garantierten Kredite

**Art. 14** - In Artikel 28 desselben Dekrets werden die Wörter «25 Jahren» ersetzt durch die Wörter «33 Jahren».

## Übergangsbestimmung Klinik St. Vith

**Art. 15** - In Kapitel III Abschnitt 2 desselben Dekrets wird ein Artikel 48bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 48bis - In Abweichung von Artikel 21, § 2, können vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets begonnene Arbeiten an der St.-Joseph-Klinik in Sankt Vith bezuschusst werden, wenn diese in der Aktualisierung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dem Sankt-Nikolaus-Hospital Eupen und der St.-Joseph-Klinik Sankt Vith betreffend Baumaßnahmen an beiden Krankenhäusern vom 10. Juli 1997 geregelt werden.»

KAPITEL III — *Ausbildung und Beschäftigung*

## Studienbeihilfen

**Art. 16** - Artikel 11, § 1, des Dekrets vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen wird durch folgenden Satz ergänzt:

«Der vorerwähnte Beschluss des Klassenrates ist nicht erforderlich, wenn ein Schüler erstmalig ein Schuljahr im Sekundarunterricht wiederholt oder ein Schuljahr absolviert, dessen Niveau dem Niveau des bereits absolvierten Jahres entspricht oder darunter liegt.»

**Art. 17** - In Artikel 64 des Programmdekrets 2001 vom 7. Januar 2002 wird die Wortfolge «die Artikel 13 bis 16» durch die Wortfolge «die Artikel 13 bis 16 und 22» ersetzt.

KAPITEL IV — *Personenbezogene Angelegenheiten*

## Dienststelle für Personen mit einer Behinderung - Bezuschussung von individuellen Hilfe- und Anpassungsmaßnahmen

**Art. 18** - Die Bezeichnung des Kapitels V des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung wird wie folgt ergänzt:

«sowie Bezuschussung von individuellen Hilfe- und Anpassungsmaßnahmen»

Dienststelle für Personen mit Behinderung - Verpflichtungen des Zuschussempfängers bzw. seines Rechtsnachfolgers

**Art. 19** - In Artikel 32 Absatz 1 desselben Dekrets werden zwischen die Wörter «gewährt» und «und» folgende Wörter eingefügt:

«sowie nach welchen Modalitäten die Bezuschussung von individuellen Hilfe- und Anpassungsmaßnahmen erfolgt».

Absatz 3 desselben Artikels wird durch folgenden Satzteil ergänzt:

«,sowie die Verpflichtungen des Zuschussempfängers beziehungsweise seiner Rechtsnachfolger im Rahmen der individuellen Hilfe- und Anpassungsmaßnahmen, wenn das bezuschusste Material nicht mehr persönlich von ihm genutzt wird.»

## Dienststelle für Personen mit einer Behinderung - Surrogation

**Art. 20** - In Artikel 32 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, dessen drei ersten Absätze zu einem § 1 zusammengefasst werden, wird ein neuer § 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 2 - Wenn eine Zahlungsverpflichtung von Dritten für die Behinderung besteht, kann die Dienststelle die von ihr berechneten tatsächlichen Kosten der Dienstleistung sowohl bei der betreuten Person nach Zahlung des geschuldeten Betrages durch den Dritten als auch unmittelbar bei dem Drittzahler durch das Eintreten in die Rechte der betreuten Person einfordern. Vereinbarungen bezüglich der Schadensregelung, die zwischen der betreuten Person und dem Drittzahler abgeschlossen werden, sind der Dienststelle nicht entgegenzuhalten.»

## Jugendhilfe

**Art. 21** - Artikel 37 Absatz 2 des Dekrets vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die Aufgabenbeschreibung und Finanzierung von Projekten können in einer Konvention mit der Regierung festgelegt werden.

Die Regierung kann Trägern von Projekten im Bereich der Jugendhilfe, die ihren Sitz außerhalb des deutschen Sprachgebiets haben, die Erlaubnis erteilen, bestimmte Betreuungsprojekte im deutschen Sprachgebiet umzusetzen. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten fest und kann diese im Rahmen einer Konvention mit dem jeweiligen Träger regeln.»

## Hilfsdienste

**Art. 22** - Der letzte Absatz von Artikel 4 des Dekrets vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Unter Berücksichtigung der von der Regierung festgelegten Bedingungen muss der Dienst den Nachweis erbringen, dass die Familien- und Seniorenhelfer der deutschen Sprache mächtig sind.»

KAPITEL V — *Kulturelle Angelegenheiten*Abschnitt 1 — *Verschiedene Bestimmungen*

## Brandschutzkommission im Hotelbereich

**Art. 23** - Artikel 17 des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Hotels und Unterkunftsbetriebe wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 17 - Die Regierung legt die Anwesenheitsgelder und Fahrtenschädigungen für die Mitglieder der Kommission fest.»

## Ausrüstungsgegenstände für die Ausübung von Amateurkunst

**Art. 24** - In Artikel 5 des Dekrets vom 18. April 1995 zur Festlegung der Bezuschussungsregelung für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen durch Verbände und Vereine für die Ausübung von Amateurkunst wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Die Anträge auf Gewährung eines Ausrüstungszuschusses in Zusammenhang mit einer ständigen Jugendförderung finden vorrangige Berücksichtigung.»

## Amateurkunstvereinigungen

**Art. 25** - In Artikel 6 § 1 des Dekrets vom 28. Juni 1988 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Amateurkunstvereinigungen werden im Abschnitt 6 die Wörter «(Höchstalter 16 Jahre)» gestrichen.

## Öffentliche Bibliotheken

**Art. 26** - In das Dekret vom 15. Juni 1994 über öffentliche Bibliotheken, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Mai 1997, 29. Juni 1998 und 7. Januar 2002, wird ein Artikel 20*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 20*bis* - Die Bibliotheken der Kategorie I verwenden mindestens 10% und die Bibliotheken der Kategorie II mindestens 5% der Zuschüsse für Medienanimationen.»

*Abschnitt 2* — Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung

## Einführung von Kapiteln in das Dekret vom 25. Mai 1999

**Art. 27** - Vor Artikel 1 des Dekrets vom 25. Mai 1999 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Kammermusikensembles wird eine Überschrift mit dem Wortlaut «Kapitel I - Allgemeine Bestimmungen» eingefügt.

Vor Artikel 3 desselben Dekrets wird eine Überschrift mit dem Wortlaut «Kapitel II - Kammermusikensembles» eingefügt.

Nach Artikel 9 desselben Dekrets wird ein neues Kapitel III mit der Überschrift «Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung» eingefügt.

Vor Artikel 10 wird eine Überschrift mit dem Wortlaut «Kapitel IV - Inkrafttreten» eingefügt.

**Art. 28** - Artikel 1 desselben Dekretes wird um folgende Wörter ergänzt: «und an anerkannte Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung.»

## Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung

**Art. 29** - In das durch Artikel 27 eingefügte Kapitel III desselben Dekrets werden die Artikel 9*bis* - 9*septies* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 9*bis* - Die Regierung kann ein Kammermusikensemble als Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung anerkennen, wenn es:

1. durch die Regierung als Kammermusikensemble anerkannt ist;
2. die Begutachtung durch ein von der Regierung bezeichnetes Expertengremium im Ministerium beantragt und durch dieses Gremium aufgrund seiner Leistung als Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung vorgeschlagen wird;
3. eine ordentliche, jederzeit am Sitz der Vereinigung durch das Ministerium einsehbare autonome Buchführung vorweisen kann.

Artikel 9*ter* - Anerkannte Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung absolvieren jährlich mindestens fünf öffentliche Auftritte, davon mindestens einen innerhalb und mindestens einen außerhalb des deutschen Sprachgebiets.

Artikel 9*quater* - Die Regierung entzieht die Anerkennung als Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung, wenn die Bedingungen dieses Kapitels nicht mehr erfüllt sind.

Artikel 9*quinquies* - In Abweichung von Artikel 6 des vorliegenden Dekretes erhalten die anerkannten Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung jährlich einen pauschalen Zuschuss für die Tätigkeiten des Vorjahres in Höhe von maximal 2.000 EUR.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung die in Absatz 1 festgelegte Pauschale mit einem Koeffizienten multiplizieren.

Artikel 9*sexies* - Um Anrecht auf einen Jahreszuschuss zu erwerben, reicht jedes anerkannte Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung jährlich vor dem 31. März einen Bericht über die Tätigkeiten des Vorjahres ein.

Zuschüsse werden nur in Höhe der belegten annehmbaren Ausgaben ausgezahlt. Die Regierung kann Kategorien der annehmbaren Ausgaben sowie Höchstbeträge pro Kategorie festlegen.

Artikel 9*septies* - Die erste Bezuschussung erfolgt aufgrund der Tätigkeiten des Anerkennungsjahres.»

*Abschnitt 3* — Medien

## Provisorische Genehmigung für Regionalsender

**Art. 30** - Artikel 44 des Mediendekrets vom 26. April 1999 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 44 - Die Regierung kann einem Regionalsender eine provisorische Genehmigung für eine Zeitspanne von höchstens 12 Monaten erteilen.

Nach Ablauf dieser Zeitspanne wird die provisorische Genehmigung in eine endgültige Genehmigung umgewandelt, falls der Regionalsender weiterhin alle Bedingungen erfüllt. Die Umwandlung erfolgt durch Beschluss der Regierung.

Die endgültige Genehmigung gilt *bis* zum Ende des zwölften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt. Sie wird jedes Mal stillschweigend um weitere 6 Jahre verlängert, falls die Regierung sie nicht aufkündigt oder der Regionalsender keine Verzichtleistung übermittelt. Kündigung oder Verzichtleistung werden per Einschreibebrief im Laufe des ersten Semesters des letzten Gültigkeitsjahres zugestellt.»

## Provisorische Genehmigung für Lokalsender

**Art. 31** - Artikel 47 des Mediendekrets vom 26. April 1999 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 47 - Die Regierung kann einem Lokalsender eine provisorische Genehmigung für eine Zeitspanne von höchstens 12 Monaten erteilen.

Nach Ablauf dieser Zeitspanne wird die provisorische Genehmigung in eine endgültige Genehmigung umgewandelt, falls der Lokalsender weiterhin alle Bedingungen erfüllt. Die Umwandlung erfolgt durch Beschluss der Regierung.

Die endgültige Genehmigung gilt *bis* zum Ende des fünften Ziviljahres, das dem der Erteilung der Genehmigung folgt.»

KAPITEL VI — *Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

## Abändernde Bestimmung

**Art. 32** - Die

— Artikel 7 des Dekretes vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, zur Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002;

— Artikel *1bis* § 1 des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 16. Oktober 1995;

— Artikel 4 des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des Nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu zwölf Jahren, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002;

— Artikel *32bis* des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, eingefügt durch das Dekret vom 20. Mai 1997;

— Artikel 4, § 1 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

— Artikel 35 des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur

werden um einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«Der Geschäftsführungsvertrag ist dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor seiner Unterzeichnung zur Genehmigung vorzulegen.»

## Aufhebende Bestimmung

**Art. 33** - Der Königliche Erlass vom 20. Januar 1956 über die Bewilligung von Subventionen für Konzertvereinigungen wird aufgehoben.

## Inkrafttreten

**Art. 34** - Die Artikel 1 - 4 des vorliegenden Dekrets treten mit Wirkung vom 1. Januar 2000 in Kraft.

Die Artikel 10 - 15 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft.

Die Artikel 7 - 9, und 27 - 29 treten am 1. Januar 2003 in Kraft.

Artikel 16 ist zum ersten Mal anwendbar auf die Anträge, die ab dem Schuljahr 2002-2003 gestellt werden.

Eupen, den 3. Februar 2003

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESSEN

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

## Fußnoten

(1) Sitzungsperiode 2002-2003

Dokumente des Rates: 115 (2002-2003) Nr. 1 Dekretvorschlag

115 (2002-2003) Nrn. 2-10 Abänderungsvorschläge

115 (2002-2003) Nr. 11 Bericht

115 (2002-2003) Nr. 12 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 3. Februar 2003

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 3326

[C — 2003/33063]

**3 FEVRIER 2003. — Décret-programme 2002 (1)**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

## CHAPITRE I. — Généralités

## Section 1. — Fonds budgétaires

## Fonds pour prestations

**Article 1<sup>er</sup>.** La liste figurant à l'article 5, § 1, alinéa 2, du décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des Fonds budgétaires est complétée par les points suivants :

- « 8. de libéralités octroyées par des institutions de l'Union européenne dans le cadre de programmes européens;
- 9. d'une partie de la dotation globale en tant que recettes affectées. »

La liste figurant au § 2 du même article est complétée par le point suivant :

- « 5. pour des avances liquidées aux partenaires dans le cadre de programmes européens. »

## Missions du Fonds d'amortissement

**Art. 2.** A l'article 2 du décret du 21 décembre 1995 portant création d'un Fonds d'amortissement en Communauté germanophone, il est inséré un alinéa 2, libellé comme suit :

- « Le Fonds gère en outre les résultats budgétaires de la Communauté germanophone tant ex ante qu'ex post. »

## Moyens du Fonds d'amortissement

**Art. 3.** L'article 3 du même décret est complété comme suit :

- « Il comprend d'une part les crédits nécessaires au remboursement des emprunts et d'autre part le résultat budgétaire calculé. »

## Dépenses du Fonds d'amortissement

**Art. 4.** Dans le même décret, il est inséré un article *4bis*, libellé comme suit :

- « Article *4bis* - Les remboursements annuels en capital et intérêts des emprunts contractés constituent les dépenses du Fonds d'amortissement.

En cas de résultat budgétaire cumulé négatif, si le montant absolu de ce résultat est supérieur au montant des remboursements en capital et intérêts des emprunts contractés, la différence entre ces deux montants est versée à la Trésorerie. »

## Section 2. — Dispositions diverses

Avances liquidées sur les subventions et dotations annuelles pour frais de fonctionnement et de personnel

**Art. 5.** Au dernier alinéa de l'article *2bis* du décret-programme du 4 mars 1996, inséré par le décret-programme du 23 octobre 2000 et complété par le décret-programme du 7 janvier 2002, le pourcentage « 80 » est remplacé par « 50 ».

## Contrats de gestion

**Art. 6.** Pour une période à définir à chaque fois, le Gouvernement peut conclure avec des institutions ou des services actifs sur le territoire de la Communauté germanophone un contrat de gestion dans lequel sont fixées les missions de ces institutions ou services, les conditions-cadres dans lesquelles elles doivent être assumées ainsi que leur financement.

Avant sa signature, chaque contrat de gestion doit être soumis à l'approbation du Conseil de la Communauté germanophone.

## Section 3. — Service à gestion autonome

## Extension des attributions du service

**Art. 7.** Dans le décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des Fonds budgétaires et instituant le « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome, il est inséré un article *8bis*, libellé comme suit :

- « Article *8bis* - Le service gère les affaires du Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken ainsi que celles du centre « Zur Eupener Talsperre » (Barrage d'Eupen).

Le service gère également les affaires du Centre culturel et de rencontre de Burg-Reuland (« KUZ ») à partir de la date que le Gouvernement aura fixée.

Une comptabilité analytique est tenue séparément pour chaque centre du service, conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement. »

## Conseils consultatifs

**Art. 8.** Dans le même décret est inséré un article *8ter*, libellé comme suit :

- « Article *8ter* - § 1 - Chaque centre du service est conseillé par un conseil consultatif qui a pour missions :

1° de conseiller la Direction pour toutes les questions touchant la gestion, notamment en matière de finances, de personnel et de développement de produits;

2° de conseiller le Gouvernement pour toute question relative au centre.

Les conseils consultatifs, réunis en séance commune, émettent leur avis sur le rapport d'activités, la reddition des comptes, le compte de résultats, le bilan et le budget du service.

§ 2 - Le Gouvernement fixe les modalités de fonctionnement et la composition des conseils consultatifs en s'assurant que :

— les conseils consultatifs siègent au moins deux fois par an séparément et au moins deux fois par an en séance commune;

— chaque groupe représenté au sein du Conseil de la Communauté germanophone soit représenté par un membre effectif et un membre suppléant.

§ 3 - Il est instauré un comité de gestion auprès duquel chaque conseil consultatif délègue deux membres.

Le comité de gestion est chargé d'émettre des avis sur toutes les décisions prises par la Direction en ce qui concerne le projet de budget et la passation de marchés d'investissement de plus de 10.000 €. Le comité de gestion peut en outre, sur proposition de la Direction, proprio motu ou sur demande d'un membre des conseils consultatifs, rendre un avis sur toute question relative à la gestion.

La Direction ne peut passer outre à un avis du comité de gestion que moyennant l'accord du Gouvernement. Dans ce cas, la décision est expressément mentionnée dans le rapport d'activités du service.

Le Gouvernement détermine les modalités de fonctionnement du comité de gestion. »

Changement de dénomination du « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken »  
(Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome

**Art. 9.** Dans le même décret est inséré un article *8quater*, libellé comme suit :

« Article *8quater* - A partir du 1<sup>er</sup> janvier 2003, le service à gestion autonome est appelé « Gemeinschaftszentren » (Centres communautaires). »

#### CHAPITRE II. — *Infrastructure*

**Art. 10.** A l'article 1<sup>er</sup> du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, les mots suivants : « ou dans le ressort de la Communauté germanophone » sont ajoutés après les mots « en région de langue allemande ».

#### Conventions

**Art. 11.** Au chapitre I, section 1, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, il est inséré un article *3bis*, libellé comme suit :

« Article *3bis* - La conclusion d'une convention entre le Gouvernement et un demandeur ne dispense pas de l'application du présent décret. »

#### Projets d'infrastructure subsidiés par d'autres autorités

**Art. 12.** A l'article 17, § 2, alinéa 1, du même décret, les mots suivants : « majorée des frais de mesurage et de notaire et » sont insérés entre les mots « estimateur assermenté, » et « éventuellement ».

A l'article 17 du même décret, il est inséré un nouveau § 3, libellé comme suit :

« § 3 - Lorsqu'un projet d'infrastructure est subsidié par d'autres autorités que la commune d'implantation du demandeur, ce montant est déduit du coût global du projet avant que ne soit calculé le subside octroyé en application du présent décret. »

#### Garantie de la Communauté

**Art. 13.** L'article 27, 1<sup>o</sup>, du même décret est complété comme suit : « ou encore une des personnes de droit privé mentionnées à l'article 11, alinéa 1; ».

Le même article est complété par un 5<sup>o</sup>, libellé comme suit :

« 5<sup>o</sup> le prêteur renonce à toute caution personnelle ou réelle pour l'emprunt garanti; »

Le même article est complété par un 6<sup>o</sup>, libellé comme suit :

« 6<sup>o</sup> une hypothèque sur l'immeuble à subsidier est consentie à la Communauté germanophone. Dans des cas motivés, le Gouvernement peut accepter un mandat hypothécaire au lieu d'une hypothèque. »

#### Durée des crédits garantis

**Art. 14.** A l'article 28 du même décret, les mots « 25 ans » sont remplacés par les mots « 33 ans ».

#### Disposition transitoire concernant la clinique de Saint-Vith

**Art. 15.** Au chapitre III, section 2, du même décret, il est inséré un article *48bis*, libellé comme suit :

« Article *48bis* - Par dérogation à l'article 21, § 2, des travaux entamés à la clinique Saint-Joseph à Saint-Vith avant l'entrée en vigueur du présent décret pourront être subsidiés s'ils sont repris dans l'actualisation de la convention conclue le 10 juillet 1997 entre le Gouvernement de la Communauté germanophone, l'hôpital Saint-Nicolas à Eupen et la clinique Saint-Joseph à Saint-Vith en ce qui concerne les projets de construction envisagés pour les deux hôpitaux. »

#### CHAPITRE III. — *Formation et Emploi*

#### Allocations d'études

**Art. 16.** L'article 11, § 1, du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études est complété par la phrase suivante :

« La décision susmentionnée du Conseil de classe n'est pas requise lorsqu'un élève redouble pour la première fois une année scolaire dans l'enseignement secondaire ou lorsqu'il achève une année scolaire dont le niveau est équivalent ou inférieur au niveau de l'année déjà achevée. »

**Art. 17.** A l'article 64 du décret-programme 2001 du 7 janvier 2002, les mots « les articles 13 à 16'' sont remplacés par les mots « les articles 13 à 16 et 22 ».

CHAPITRE IV. — *Matières personnalisables*

## Office pour les personnes handicapées - Subsidiation de mesures individuelles d'aide et d'adaptation

**Art. 18.** Le titre du chapitre V du décret du 19 juin 1990 portant création d'un «Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung» (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées) est complété comme suit :

« ainsi que subsidiation de mesures individuelles d'aide et d'adaptation ».

## Office pour les personnes handicapées - Obligations du bénéficiaire du subside et de ses ayants droit

**Art. 19.** A l'article 32, alinéa 1, du même décret, les mots suivants : « et les modalités de subsidiation des mesures individuelles d'aide et d'adaptation » sont insérés entre les mots « handicapées » et « ainsi que ».

L'alinéa 3 du même article est complété comme suit :

« ainsi que les obligations du bénéficiaire de l'allocation ou de ses ayants droit dans le cadre des mesures individuelles d'aide et d'adaptation, lorsque le matériel subsidié n'est plus utilisé personnellement par lui. »

## Office pour les personnes handicapées - Subrogation

**Art. 20.** A l'article 32 du décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), dont les trois premiers alinéas forment le § 1, il est inséré un nouveau § 2, libellé comme suit :

« § 2 - Lorsqu'une obligation de paiement existe dans le chef de tiers pour le handicap, l'Office peut réclamer le coût réel de la prestation calculé par lui aussi bien auprès de la personne encadrée après paiement du montant dû par les tiers que directement auprès du tiers payant par subrogation dans les droits de la personne encadrée. Des accords conclus entre la personne encadrée et le tiers payant en ce qui concerne le règlement du dommage ne peuvent être opposés à l'Office. »

## Aide à la jeunesse

**Art. 21.** L'article 37, alinéa 2, du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse est remplacé par la disposition suivante :

« La description des missions et le financement de projets peuvent être fixés dans une convention à conclure avec le Gouvernement.

Le Gouvernement peut autoriser des pouvoirs organisateurs de projets dans le secteur de l'aide à la jeunesse ayant leur siège en dehors de la région de langue allemande à réaliser certains projets d'encadrement en région de langue allemande. Le Gouvernement arrête les modalités et peut les fixer dans le cadre d'une convention conclue avec chaque pouvoir organisateur. »

## Services d'aide

**Art. 22.** Le dernier alinéa de l'article 4 du décret du 26 juin 1986 réglant l'agrément des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide est remplacé par la disposition suivante :

« Dans le respect des conditions fixées par le Gouvernement, le service doit fournir la preuve que les aides familiales et seniors maîtrisent la langue allemande. »

CHAPITRE V. — *Affaires culturelles**Section 1. — Dispositions diverses*

## Commission de sécurité contre l'incendie dans le secteur de l'hôtellerie

**Art. 23.** L'article 17 du décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers est remplacé par la disposition suivante :

« Article 17 - Le Gouvernement fixe les jetons de présence et les indemnités de déplacement octroyés aux membres de la commission. »

## Matériel d'équipement affecté à l'exercice d'art amateur

**Art. 24.** A l'article 5 du décret du 18 avril 1995 fixant les règles de subsidiation pour l'achat de matériel d'équipement affecté à l'exercice d'art amateur par des fédérations et associations d'art amateur, il est inséré un alinéa libellé comme suit :

« Les demandes en vue d'obtenir un subside pour un équipement en rapport avec la promotion permanente de la jeunesse sont prioritaires. »

## Associations d'art amateur

**Art. 25.** A l'article 6, § 1, sixième rubrique, du décret du 28 juin 1988 réglant l'agrément et le subventionnement des sociétés d'art amateur, le passage « (âge maximal 16 ans) » est supprimé.

## Bibliothèques publiques

**Art. 26.** Dans le décret du 15 juin 1994 relatif aux bibliothèques publiques, modifié par les décrets des 20 mai 1997, 29 juin 1998 et 7 janvier 2002, il est inséré un article *20bis*, libellé comme suit :

« Article *20bis* - Les bibliothèques de la catégorie I utilisent au moins 10 % et les bibliothèques de la catégorie II au moins 5 % des subsides pour des animations médiatiques. »



*Section 2. — Ensembles de musique de chambre à haute valeur artistique*

Insertion de chapitres dans le décret du 25 mai 1999

**Art. 27.** Avant l'article 1 du décret du 25 mai 1999 réglant l'agrément et le subventionnement d'ensembles de musique de chambre, il est inséré un titre libellé « Chapitre I - Généralités ».

Avant l'article 3 du même décret, il est inséré un titre libellé « Chapitre II - Ensembles de musique de chambre ».

Après l'article 9 du même décret, il est inséré un nouveau chapitre III intitulé « Ensembles de musique de chambre à haute valeur artistique ».

Avant l'article 10, il est inséré un titre libellé « Chapitre IV - Entrée en vigueur ».

**Art. 28.** L'article 1 du même décret est complété comme suit : « et aux ensembles de musique de chambre à haute valeur artistique agréés ».

Ensembles de musique de chambre à haute valeur artistique

**Art. 29.** Au chapitre III du même décret, inséré par l'article 27, sont insérés les articles 9*bis* à 9*septies*, libellés comme suit :

« Article 9*bis* - Le Gouvernement peut agréer un ensemble de musique de chambre comme ensemble de musique de chambre à haute valeur artistique lorsque :

1° il est agréé comme ensemble de musique de chambre par le Gouvernement;

2° il sollicite l'avis d'un collègue d'experts désignés par le Gouvernement au sein du Ministère et que, sur la base de sa prestation, il a été proposé par ce collègue comme ensemble de musique de chambre à haute valeur artistique;

3° il peut produire une comptabilité ordinaire distincte, consultable à tout moment au siège de l'association par le Ministère.

Article 9*ter* - Les ensembles de musique de chambre à haute valeur artistique agréés se produisent au moins 5 fois par an en public, dont au moins une fois en région de langue allemande et au moins une fois en dehors de la région de langue allemande.

Article 9*quater* - Le Gouvernement retire l'agrément comme ensemble de musique de chambre à haute valeur artistique lorsque les conditions mentionnées dans ce chapitre ne sont plus remplies.

Article 9*quinquies* - Par dérogation à l'article 6 du présent décret, les ensembles de musique de chambre à haute valeur artistique agréés reçoivent un subside forfaitaire annuel de 2.000 € maximum pour les activités prestées l'année précédente.

Le Gouvernement peut multiplier les forfaits fixés au premier alinéa par un coefficient en vue de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

Article 9*sexies* - Pour ouvrir le droit à un subside annuel, chaque ensemble de musique de chambre à haute valeur artistique agréé introduit avant le 31 mars de chaque année un rapport sur les activités qu'il a prestées l'année précédente.

Les subsides ne sont liquidés qu'à concurrence des dépenses acceptables justifiées. Le Gouvernement peut établir des catégories de dépenses acceptables et des plafonds par catégorie.

Article 9*septies* - La première subside est effectuée sur la base des activités de l'année au cours de laquelle l'agrément a été octroyé. »

*Section 3. — Médias*

Autorisation provisoire pour radios régionales

**Art. 30.** L'article 44 du décret du 26 avril 1999 sur les médias est remplacé par la disposition suivante :

« Article 44 - Le Gouvernement peut octroyer une autorisation provisoire à une radio régionale pour une période de 12 mois maximum.

A l'expiration de ce délai, l'autorisation provisoire est convertie en une autorisation définitive si la radio régionale remplit toujours toutes les conditions. La conversion s'effectue par décision du Gouvernement.

L'autorisation définitive est valable jusqu'à la fin de la douzième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation. Elle est ensuite prorogée tacitement pour des périodes successives de 6 ans, sauf résiliation par le Gouvernement ou renonciation par la radio régionale. La résiliation ou la renonciation doivent être notifiées par lettre recommandée envoyée au cours du premier semestre de la dernière année de validité de l'autorisation. »

Autorisation provisoire pour radios locales

**Art. 31.** L'article 47 du décret du 26 avril 1999 sur les médias est remplacé par la disposition suivante :

« Article 47 - Le Gouvernement peut octroyer une autorisation provisoire à une radio locale pour une période de 12 mois maximum.

A l'expiration de ce délai, l'autorisation provisoire est convertie en une autorisation définitive si la radio locale remplit toujours toutes les conditions. La conversion s'effectue par décision du Gouvernement.

L'autorisation définitive est valable jusqu'à la fin de la cinquième année civile qui suit la délivrance de l'autorisation. »

CHAPITRE VI. — *Dispositions abrogatoires et finales*

## Disposition modificative

**Art. 32.**

— L' article 7 du décret du 26 juin 1986 réglant l'agrégation des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide, modifié par le décret du 7 janvier 2002;

— l' article 1bis, § 1, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 16 octobre 1995;

— l' article 4 du décret du 9 mai 1988 visant la reprise de certains membres du personnel de l'Oeuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, modifié par le décret du 7 janvier 2002;

— l' article 32bis du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse, inséré par le décret du 20 mai 1997;

— l' article 4, § 1<sup>er</sup>, du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

— l' article 35 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure

sont complétés par un alinéa libellé comme suit :

« Le contrat de gestion doit être soumis à l'approbation du Conseil de la Communauté germanophone avant sa signature. »

## Disposition abrogatoire

**Art. 33.** L'arrêté royal du 20 janvier 1956 réglant l'octroi de subventions aux associations de concerts est abrogé.

Entrée en vigueur

**Art. 34.** Les articles 1 à 4 du présent décret produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2000.

Les articles 10 à 15 produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2002.

Les articles 7 à 9 et 27 à 29 produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2003.

L'article 16 s'appliquera pour la première fois aux demandes introduites à partir de l'année scolaire 2002-2003.

Donné à Eupen, le 3 février 2003.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

B. GENTGES

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,

H. NIESSEN

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments,  
de la Santé et des Affaires sociales,

## Note

(1) Session 2002-2003

Documents du Conseil : 115 (2002-2003) Nr. 1 Proposition de décret

115 (2002-2003) Nr. 2-10 Propositions d'amendement

115 (2002-2003) Nr. 11 Rapport

115 (2002-2003) Nr. 12 Propositions d'amendements relatives au texte adopté par la commission

Rapport intégralœ — Discussion et vote. — Séance du 3 février 2003

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 3326

[C — 2003/33063]

**3 FEBRUARI 2003. — Programmadecreet 2002 (1)**

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFSTUK I. — *Algemene bepalingen*

*Afdeling 1.* — Begrotingsfondsen

Fonds voor dienstprestaties

**Artikel 1.** De opsomming in artikel 5, § 1, lid 2, van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van Begrotingsfondsen wordt met volgende punten aangevuld :

« 8. toelagen door inrichtingen van de Europese Unie in het kader van Europese programma's;

9. een gedeelte van de globale dotatie als toegewezen ontvangsten »

De opsomming in § 2 van hetzelfde artikel wordt met volgend punt aangevuld :

« 5. voorschotten uitbetaald aan partners in het kader van Europese programma's. »

## Opdrachten van het afschrijvingsfonds

**Art. 2.** In artikel 2 van het decreet van 21 december 1995 houdende oprichting van een afschrijvingsfonds in de Duitstalige Gemeenschap wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Het fonds beheert bovendien zowel ex-ante als ook ex-post de begrotingsresultaten van de Duitstalige Gemeenschap ».

## Middelen van het afschrijvingsfonds

**Art. 3.** Artikel 3 van hetzelfde decreet wordt als volgt aangevuld :

« Dit fonds omvat enerzijds de middelen voor de terugbetaling van de leningen en anderzijds het berekende begrotingsresultaat. »

## Uitgaven van het afschrijvingsfonds

**Art. 4.** In hetzelfde decreet wordt een artikel *4bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *4bis*: De uitgaven van het afschrijvingsfonds bestaan uit de jaarlijkse terugbetalingen van kapitaal en intresten van de aangegane leningen.

Als, bij negatief gecumuleerd begrotingsresultaat, het absoluut bedrag van de begrotingsresultaten de terugbetalingen van kapitaal en intresten van de aangegane leningen overschrijdt, dan wordt de Thesaurie het verschil tussen beide bedragen overschreven. »

*Afdeling 2.* — Diverse bepalingen

## Voorschotten op jaarlijkse toelagen en dotaties voor werkings- en personeelskosten

**Art. 5.** In het laatste lid van artikel *2bis* van het programmadecreet van 4 maart 1996, ingevoegd bij het programmadecreet van 23 oktober 2000 en aangevuld bij het programmadecreet van 7 januari 2002, wordt het percentage « 80 » door « 50 » vervangen.

## Beheerscontracten

**Art. 6.** Voor een duur die naar gelang het geval moet worden vastgelegd, kan de Regering met inrichtingen of diensten die werkzaam zijn in het ambtsgebied van de Duitstalige Gemeenschap een beheerscontract afsluiten waarin de opdrachten van deze inrichtingen of diensten, de kadervoorwaarden voor de vervulling ervan alsmede de financiering ervan vastgelegd worden.

Vóór de ondertekening moet elk beheerscontract aan de Regering ter goedkeuring worden voorgelegd.

*Afdeling 3.* — Dienst met autonoom beheer

## Uitbreiding van het werkingsgebied van de dienst

**Art. 7.** In het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken), Dienst met autonoom beheer, wordt een artikel *8bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *8bis* - De dienst beheert de zaken van het « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » alsmede van het centrum « Zur Eupener Talsperre » (de Stuw van Eupen).

De dienst beheert eveneens de zaken van het « Kultur- und Begegnungszentrum Burg-Reuland » (cultuur- en ontmoetingscentrum) vanaf het door de Regering vastgelegd ogenblik.

Voor elk centrum van de dienst wordt een gescheiden analytische boekhouding gevoerd overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen. »

## Adviesraden

**Art. 8.** In hetzelfde decreet wordt een artikel *8ter* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *8ter* - § 1 - Elk centrum van de Dienst wordt door een adviesraad voorgelicht die volgende opdrachten moet vervullen :

1° de directie raad geven in alle vraagstukken qua boekhouding, o.a. inzake financiën, personeel en productontwikkeling;

2° de Regering raad geven in alle vraagstukken m.b.t. het centrum.

De adviesraden brengen in een gemeenschappelijke zitting hun advies uit over het activiteitenverslag, de rekening en verantwoording, de resultatenrekening, de balans en de begroting van de dienst.

§ 2 - De Regering legt de werkwijze en de samenstelling van de adviesraden vast, met inachtneming ervan dat :

— de adviesraden ten minste twee keer per jaar alleen en ten minste twee keer per jaar in gemeenschappelijk zitting bijeenkomen;

— elke fractie vertegenwoordigd bij de Raad van de Duitstalige Gemeenschap een werkelijke en een plaatsvervangende vertegenwoordiger heeft.

§ 3 - Er wordt een beheerscomité opgericht, waarnaar elke adviesraad twee leden afvaardigen.

Het beheerscomité wordt ermee belast, adviezen uit te brengen over alle beslissingen van de directie m.b.t. het begrotingsontwerp en de gunning van opdrachten voor investeringen hoger dan € 10.000. Bovendien kan het beheerscomité op de voordracht van de directie, op eigen initiatief of op verzoek van een lid van de adviesraden een advies uitbrengen over alle andere vraagstukken die het beheer betreffen.

De directie kan slechts met de toestemming van de Regering over een advies van het beheerscomité heenstappen. In dit geval wordt de beslissing uitdrukkelijk in het activiteitenverslag van de Dienst vermeld.

De Regering bepaalt de werkwijze van het beheerscomité. »

Nieuwe benaming van het « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken »  
(Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken), Dienst met autonoom beheer

**Art. 9.** In hetzelfde decreet wordt een artikel *8quater* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *8quater* : Vanaf 1 januari 2003 wordt de dienst met autonoom beheer « gemeenschapscentra » genoemd. »

#### HOOFDSTUK II. — *Infrastructuur*

**Art. 10.** In artikel 1 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur worden de woorden « resp. in het ambtsgebied van de Duitstalige Gemeenschap » na de woorden « Duitse taalgebied » ingevoegd.

#### Overeenkomsten

**Art. 11.** In hoofdstuk I, afdeling 1, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur wordt een artikel *3bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *3bis* : Het afsluiten van een overeenkomst tussen de Regering en een aanvrager ontbindt niet van de toepassing van voorliggend decreet. »

**Art. 12.** Infrastructuurprojecten die door andere overheden gesubsidieerd worden

In artikel 17, § 2, lid 1, van hetzelfde decreet worden de woorden « verhoogd met de meet- en notariële kosten en » ingevoegd tussen de woorden « beëdigde taxateur, » en « eventueel verhoogd ».

In artikel 17 van hetzelfde decreet wordt een § 3 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 3 - Wordt een infrastructuurproject door andere overheden gesubsidieerd dan de vestigingsgemeente van de aanvrager, dan wordt dit bedrag van de globale kostprijs van het project afgetrokken voordat de toelage, toegekend met toepassing van voorliggend decreet, berekend wordt. »

#### Garantie van de Gemeenschap

**Art. 13.** Artikel 27, 1°, van hetzelfde decreet wordt met volgende tekst aangevuld : « noch één van de in artikel 11, lid 1, bedoelde privaatrechtelijke personen ».

Hetzelfde artikel wordt aangevuld met een punt 5, luidend als volgt :

« 5° de kredietverlener van elke persoonlijke of zakelijke borg afziet bij gegarandeerde leningen; ».

Hetzelfde artikel wordt aangevuld met een punt 6°, luidend als volgt :

« 6° aan de Duitstalige Gemeenschap een hypotheek wordt gegeven op het onroerend goed waarvoor een toelage wordt verleend. In gerechtvaardigde gevallen kan de Regering een hypotheekvolmacht in plaats van een hypotheek aanvaarden. »

#### Looptijd van de gegarandeerde leningen

**Art. 14.** In artikel 28 van hetzelfde decreet worden de woorden « 25 jaar » door « 33 jaar » vervangen.

#### Overgangsbepaling m.b.t. de « St. Joseph-Klinik » te St. Vith

**Art. 15.** In hoofdstuk III, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel *48bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *48bis* : In afwijking van artikel 21, § 2, kunnen werken die vóór de inwerkingtreding van dit decreet aan de « St. Joseph-Klinik » te St. Vith begonnen werden, gesubsidieerd worden, indien deze opgenomen zijn in de actualisering van de overeenkomst tussen de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, het « Sankt-Nikolaus-Hospital » te Eupen en de « St. Joseph-Klinik » te St. Vith omtrent bouwmaatregelen aan beide ziekenhuizen, gesloten op 10 juli 1997. »

#### HOOFDSTUK III. — *Opleiding en tewerkstelling*

##### Studietoelagen

**Art. 16.** Artikel 11, § 1, van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen wordt met volgende zin aangevuld :

« De bovenvermelde beslissing van de klasseraad is niet noodzakelijk, als een leerling voor de eerste keer een schooljaar van het secundair onderwijs doubleert of een schooljaar eindigt waarvan het niveau met het niveau van het reeds beëindigd jaar overeenstemt of daaronder ligt. »

**Art. 17.** In artikel 64 van het programmadecreet 2001 van 7 januari 2002 wordt de passus « de artikelen 13 tot 16 » door « de artikelen 13 tot 16 en 22 » vervangen.

#### HOOFDSTUK IV. — *Persoonsgebonden aangelegenheden*

Dienst voor de personen met een handicap - Subsidiëring van individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen

**Art. 18.** Het opschrift van hoofdstuk V van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap) wordt aangevuld als volgt :

« alsmede subsidiëring van individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen ».

##### Dienst voor de personen met een handicap

##### Verplichtingen van de ontvanger van de toelage resp. van zijn rechthebbenden

**Art. 19.** In artikel 32, lid 1, van hetzelfde decreet worden volgende woorden ingevoegd na de woorden « inrichtingen voor personen met een handicap » : « alsmede voor de subsidiëring van individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen ».

Het derde lid van hetzelfde artikel wordt aangevuld met volgend zinsdeel :

« alsmede de verplichtingen van de ontvanger van de toelage resp. van zijn rechthebbenden in het kader van de individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen, als het gesubsidieerd materiaal niet meer door hem persoonlijk gebruikt wordt. »

## Dienst voor de personen met een handicap - Subrogatie

**Art. 20.** In artikel 32 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), waarvan de drie eerste leden het paragraaf 1 vormen, wordt een nieuw § 2 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 2 - Bestaat er voor de handicap een betalingsverplichting in hoofde van derden, dan kan de dienst de door hem berekende werkelijke kosten van de prestatie invorderen zowel bij de bijgestane persoon na de betaling door de derden van het verschuldigd bedrag alsook rechtstreeks bij de derde door de subrogatie in de rechten van de bijgestane persoon. Overeenkomsten die tussen de bijgestane persoon en de derde m.b.t. de schade afgesloten worden, kunnen niet aan de Dienst worden tegengesteld. »

## Jeugdbijstand

**Art. 21.** Artikel 37, lid 2, van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De beschrijving van de opdrachten en de financiering van de projecten kunnen in een overeenkomst met de Regering vastgelegd worden.

De Regering kan dragers van jeugdbijstandsprojecten die hun zetel buiten het Duitse taalgebied hebben, de toelating geven om bepaalde begeleidingsprojecten in het Duitse taalgebied uit te voeren. De Regering bepaalt de modaliteiten en kan deze in het kader van een overeenkomst met de betrokken projectdrager regelen. »

## Hulpdiensten

**Art. 22.** Het laatste lid van artikel 4 van het decreet van 26 juni 1986 tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Met inachtneming van de bepalingen vastgelegd door de Regering moet de Dienst het bewijs leveren dat de gezins- en bejaardenhulpers de Duitse taal beheersen. »

## HOOFDSTUK V. — Culturele aangelegenheden

## Afdeling 1. — Diverse bepalingen

## Brandveiligheidscommissie voor de hotelinrichtingen

**Art. 23.** Artikel 17 van het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstrekende inrichtingen en hotelinrichtingen wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 17 : De Regering legt de presentiegelden en de reiskostenvergoeding vast voor de leden van de commissie. »

## Uitrustingsvoorwerpen voor de uitoefening van amateurkunst

**Art. 24.** In artikel 5 van het decreet van 18 april 1995 tot vaststelling van de toelagenregeling voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen door federaties en verenigingen voor de uitoefening van amateurkunst wordt een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De aanvragen op toekenning van een uitrustingsstoelage in samenhang met een bestendige jeugdbevordering worden met voorrang in aanmerking genomen. »

## Verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening

**Art. 25.** In artikel 6, § 1, zesde rubriek, van het decreet van 28 juni 1988 houdende regeling van de erkenning en de subsidiëring van verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening worden de woorden « (maximumleeftijd 16 jaar) » geschrapt.

## Openbare bibliotheken

**Art. 26.** In het decreet van 15 juni 1994 over de openbare bibliotheken, gewijzigd bij de decreten van 20 mei 1997, 29 juni 1998 en 7 januari 2002, wordt een artikel *20bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *20bis* : De bibliotheken van de categorie I gebruiken ten minste 10 % en de bibliotheken van de categorie II ten minste 5 % van de toelagen voor media-animaties. »

## Afdeling 2. — Kamermuziekensembles met hoge kunstwaarde

## Invoeging van hoofdstukken in het decreet van 25 mei 1999

**Art. 27.** Vóór artikel 1 van het decreet van 25 mei 1999 houdende regeling van de erkenning en de subsidiëring van kamermuziekensembles wordt een opschrift ingevoegd, luidend als volgt : « Hoofdstuk I. — Algemene bepalingen ».

Vóór artikel 3 van hetzelfde decreet wordt een opschrift ingevoegd, luidend als volgt : « Hoofdstuk II - Kamermuziekensembles ».

Na artikel 9 van hetzelfde decreet wordt een nieuw hoofdstuk III ingevoegd, met als opschrift « Kamermuziekensembles met hoge kunstwaarde ».

Vóór artikel 10 wordt een opschrift ingevoegd, luidend als volgt : « Hoofdstuk IV - Inwerkingtreding ».

**Art. 28.** Artikel 1 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met volgende passus : « en aan erkende kamermuziekensembles met hoge kunstwaarde ».

## Kamermuziekensembles met hoge kunstwaarde

**Art. 29.** In het bij artikel 27 ingevoegd hoofdstuk III van hetzelfde decreet worden de artikelen *9bis* à *9septies* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *9bis* : De Regering kan een kamermuziekensemble als kamermuziekensemble met hoge kunstwaarde erkennen, als het :

1° door de Regering als kamermuziekensemble erkend is;

2° het advies van een door de Regering aangewezen deskundigencommissie in het Ministerie inwint en door deze commissie, op basis van zijn prestaties, als kamermuziekensemble met hoge kunstwaarde voorgesteld wordt;

3° een gewone aparte boekhouding kan voorleggen die te allen tijde ter zetel van de vereniging kan worden ingezien.

Artikel *9ter* : Erkende kamermuziekensembles met hoge kunstwaarde hebben jaarlijks ten minste 5 openbare prestaties, waarvan ten minste één in en ten minste één buiten het Duitse taalgebied.

Artikel *9quater* : De Regering trekt de erkenning als erkend kamermuziekensemble met hoge kunstwaarde in, als er niet meer voldaan wordt aan de voorwaarden van dit hoofdstuk.

Artikel *9quinquies* : In afwijking van artikel 6 van voorliggend decreet verkrijgen de erkende kamermuziekensembles met hoge kunstwaarde een jaarlijkse forfaitaire toelage ten belope van € 2.000 maximum voor hun activiteiten van het afgelopen jaar.

Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering de in het eerste lid vastgelegde forfaitaire toelage met een coëfficiënt vermenigvuldigen.

Artikel *9sexies* : Om op een jaarlijkse toelage recht te hebben, dient elk erkend kamermuziekensemble met hoge kunstwaarde vóór 31 maart van elk jaar een verslag over de activiteiten van het afgelopen jaar in.

De toelagen worden slechts ten belope van de bewezen aanneembare uitgaven uitbetaald. De Regering kan categorieën aanneembare uitgaven alsmede maximumbedragen per categorie vastleggen.

Artikel *9septies* : De eerste subsidiëring gebeurt op basis van de activiteiten van het erkenningsjaar. »

## Afdeling 3. — Media

## Voorlopige toelating voor regionale radio's

**Art. 30.** Artikel 44 van het decreet van 26 april 1999 over de media wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 44 : De Regering kan aan een regionale radio een voorlopige vergunning toekennen voor een termijn van 12 maanden maximum.

Na afloop van deze termijn wordt de voorlopige vergunning in definitieve vergunning omgezet, indien de regionale radio verder aan alle voorwaarden voldoet. De omzetting gebeurt door beslissing van de Regering.

De definitieve vergunning geldt tot het einde van het twaalfde jaar na de toekenning van de vergunning. Ze wordt telkens stilzwijgend voor zes jaar verlengd, tenzij de Regering ze opzegt of de regionale radio ervan afziet. De opzegging of het afzien van de vergunning worden in de loop van het eerste semester van het laatste geldigheidsjaar per aangetekende brief betekend. »

## Voorlopige vergunning voor lokale radio's

**Art. 31.** Artikel 47 van het decreet van 26 april 1999 over de media wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 47 : De Regering kan aan een lokale radio een voorlopige vergunning toekennen voor een termijn van 12 maanden maximum.

Na afloop van deze termijn wordt de voorlopige vergunning in definitieve vergunning omgezet, indien de lokale radio verder aan alle voorwaarden voldoet. De omzetting gebeurt door beslissing van de Regering.

De definitieve vergunning geldt tot het einde van het vijfde jaar na de toekenning van de vergunning. »

HOOFDSTUK VI. — *Opheffings- en slotbepalingen*

## Wijzigingsbepaling

**Art. 32.** - Artikel 7 van het decreet van 26 juni 1986 tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp, gewijzigd bij het decreet van 7 januari 2002;

— artikel *1bis*, § 1, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 16 oktober 1995;

— artikel 4 van het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar, gewijzigd bij het decreet van 7 januari 2002;

— artikel *32bis* van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand, ingevoegd bij het decreet van 20 mei 1997;

— artikel 4, § 1, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap;

— artikel 35 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur

worden aangevuld met een lid, luidend als volgt :

« Vóór de ondertekening moet het beheerscontract aan de Raad van de Duitstalige Gemeenschap ter goedkeuring worden voorgelegd. »

## Opheffingsbepaling

**Art. 33.** Het koninklijk besluit van 20 januari 1956 tot regeling van de toelagen aan de concertverenigingen wordt opgeheven.

## Inwerkingtreding

**Art. 34.** De artikelen 1 à 4 van het voorliggend decreet hebben uitwerking op 1 januari 2000.

De artikelen 10 à 15 hebben uitwerking op 1 januari 2002.

De artikelen 7 à 9 en 27 à 29 hebben uitwerking op 1 januari 2003.

Artikel 16 is voor de eerste keer van toepassing op de aanvragen die vanaf het schooljaar 2002-2003 worden ingediend.

Eupen op 3 februari 2003.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

B. GENTGES

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,

H. NIESSEN

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg,  
Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

## Nota

(1) Zitting 2002-2003

Bescheiden van de Raad : 115 (2002-2003) Nr. 1 Voorstel van decreet

115 (2002-2003) Nr. 2-10 Voorstellen tot wijziging

115 (2002-2003) Nr. 11 Verslag

115 (2002-2003) Nr. 12 Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. — Zitting van 3 februari 2003.

## AUTRES ARRETES — ANDERE BESLUITEN

GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION  
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN  
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

## REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

MINISTERE  
DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

[C – 2003/31393]

17 JUILLET 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale portant désignation des membres de la Commission interrégionale d'Assainissement du Sol et de la Juridiction de coopération fondée par l'accord de coopération entre l'Etat fédéral, la Région flamande, la Région wallonne et la Région de Bruxelles-Capitale relatif à l'exécution et au financement de l'assainissement du sol des stations-service

Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,

Vu l'ordonnance du 20 décembre 2002 portant approbation de l'accord de coopération entre l'Etat fédéral, la Région flamande, la Région wallonne et la Région de Bruxelles-Capitale, relatif à l'exécution et au financement de l'assainissement du sol des stations-service;

Considérant que l'article 18, § 1<sup>er</sup>, de l'accord de coopération susmentionné prévoit que les régions créent une Commission interrégionale d'Assainissement du Sol, en tant qu'institution commune visée à l'article 92bis de la loi spéciale du 8 août 1980 sur les réformes

MINISTERIE  
VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

[C – 2003/31393]

17 JULI 2003. — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering betreffende de aanduiding van de leden van de Interregionale Bodemsaneringscommissie en van het Samenwerkingsgerecht opgericht door het samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat, het Vlaams Gewest, het Waals Gewest en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest betreffende de uitvoering en financiering van de bodemsanering van tankstations

De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,

Gelet op de ordonnantie van 20 december 2002 houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat, het Vlaams Gewest, het Waals Gewest en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest betreffende de uitvoering en financiering van de bodemsanering van tankstations;

Overwegende dat artikel 18, § 1, van het bovenvermelde samenwerkingsakkoord bepaalt dat de Gewesten een Interregionale Bodemsaneringscommissie oprichten in de vorm van een gemeenschappelijke instelling als bedoeld in artikel 92bis van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, dat deze commissie